



Bundesministerium  
für Bildung  
und Forschung



29. April 2009  
092/2009

## **Hochschulreform fortsetzen und vertiefen, Defizite abarbeiten**

### **46 Staaten vereinbaren auf der Ministerkonferenz im belgischen Leuven gemeinsame Schritte für die weitere Umsetzung des Bologna-Prozesses**

„Der Bologna-Prozess hat in den zehn Jahren seines Bestehens entscheidend zur Modernisierung der Hochschulen beigetragen und die Idee eines europäischen Hochschulraums Wirklichkeit werden lassen. Die gute Zusammenarbeit mit allen beteiligten Ländern und Institutionen wollen wir auch in der nächsten Dekade fortsetzen, um die Attraktivität der europäischen Hochschulen zu steigern, die Mobilität der Studierenden auszuweiten und das Lebenslange Lernen fortzuentwickeln.“ Dieses Fazit zogen Andreas Storm, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, und Professor Dr. Jan-Hendrik Olbertz, Kultusminister des Landes Sachsen-Anhalt, Delegationsleiter auf Länderseite, am Mittwoch anlässlich der Bologna-Folgekonferenz im belgischen Leuven. Hier legten die Ministerinnen und Minister der 46 Bologna-Staaten am Dienstag und Mittwoch die Leitlinien des Reformprozesses bis 2020 fest.

„Der Bologna-Prozess hat eine wichtige, längst überfällige und tiefgreifende Reform in der deutschen Hochschullandschaft mit sich gebracht. Die positive Dynamik, die damit verbunden ist, sehen wir als eine große Chance an. Wir wollen diesen Weg weiter gehen – Bologna muss fortgesetzt, vertieft und dort nachgebessert werden, wo es nötig ist“, sagte Storm. „Wir stehen zu den Zielen des Bologna-Prozesses, den der damalige Forschungsminister Rüttgers mit drei europäischen Kollegen angestoßen hat, und arbeiten weiter an ihrer Verwirklichung. Dafür brauchen wir keine neuen Aktionslinien, aber den klaren Willen und das Durchsetzungsvermögen, die Bologna-Ziele gemeinsam flächendeckend und in der Tiefe durchzusetzen. Die Hochschulen haben durch die Reformen mehr Spielräume erhalten, ein eigenes Profil zu entwickeln und Verantwortung für die Inhalte und Qualität ihres Angebotes zu übernehmen. Ich möchte sie nachdrücklich ermutigen, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen.“

„Ein Dreh- und Angelpunkt für die erfolgreiche Umsetzung des Bologna-Prozesses wird im kommenden Jahrzehnt die Weiterentwicklung der Curricula und damit im Zusammenhang auch die Qualität der Lehre sein“, erklärte Minister Olbertz. „Die Vielfalt der angebotenen Studiengänge ist zu begrüßen und zeigt den Innovationsgeist unserer Hochschulen. Allerdings muss auch die Frage gestellt werden, ob nicht eine allzu starke Ausdifferenzierung und Profilbildung gerade in der Bachelor-Phase die gewollte Mobilität der Studierenden wieder einschränkt. Auch die Breite und Tiefe der Studieninhalte, vor allem im Bachelorstudium, bedarf einer kritischen Revision, um berufspraktische Ansprüche besser berücksichtigen zu können und die Studierbarkeit der Studiengänge zu gewährleisten.“ Im Bereich der Qualitätssicherung sieht der Minister Deutschland in Anbetracht der vielfältigen Formen der Qualitätssicherung einschließlich der Systemakkreditierung auf einem guten Weg.

Die Erhöhung der Mobilität von Studierenden und akademischem Personal bleibt eines der Kernziele des Bologna-Prozesses. Die Bilanz zwischen den aktuellen Werten und dem Ausgangsjahr des Bologna-Prozesses 1999 sehen die deutschen Delegationsmitglieder positiv: „Die deutschen Studierenden gehen öfter ins Ausland, und auch als Gastgeberland ist Deutschland attraktiv“, so Storm. „Dennoch müssen wir in den kommenden Jahren noch daran arbeiten, dass im Ausland erbrachte Studienleistungen bei uns großzügiger anerkannt werden. Die Hochschulzusammenarbeit über die Grenzen hinweg darf nicht an bürokratischen Hürden scheitern.“ Dies gelte auch für die Zusammenarbeit mit Ländern außerhalb Europas, die sehr interessiert an den Entwicklungen der Europäischen Hochschullandschaft seien. Erstmals waren Vertreter außereuropäischer Länder im Anschluss an die Ministerkonferenz zu einem eigenen Bologna-Forum eingeladen.

Stärker als bisher wird im kommenden Jahrzehnt die soziale Dimension des Bologna-Prozesses im Vordergrund der Aufmerksamkeit stehen. Die europäischen Hochschulminister einigten sich in Leuven darauf, dass jedes Land quantifizierbare Ziele für die Teilnahme an der Hochschulbildung und eine stärkere Teilhabe bislang unterrepräsentierter Gruppen erarbeitet. „Hier haben Bund und Länder für Deutschland durch den Nationalen Aktionsplan Soziale Dimension und die Qualifizierungsinitiative die Weichen richtig gestellt“, unterstrichen Storm und Olbertz. „Unser Ziel, die Studienanfängerquote auf 40 Prozent zu steigern, ist mit derzeit 39,3 Prozent in greifbare Nähe gerückt. Für die Steigerung des Frauenanteils in MINT-Fächern, also in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik, und für eine höhere Bildungsbeteiligung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund haben wir neue Maßnahmen ergriffen.“

Auch das lebenslange Lernen gewinnt in einer Gesellschaft, die in allen Bereichen qualifizierte Fachkräfte braucht, weiter an Bedeutung. Es soll im gesamten Europäischen Hochschulraum durch geeignete organisatorische Strukturen und finanzielle Förderung unterstützt werden. In Deutschland haben sich Bund und Länder auf dem Bildungsgipfel im Herbst 2008 darauf geeinigt, im Jahr 2010 einen Wettbewerb „Aufstieg durch Bildung: Lebenslange wissenschaftliche Qualifizierung“ zu starten. Damit soll die Entwicklung von praxisnahen, berufs- und ausbildungsbegleitenden Studiengängen an den Hochschulen gefördert und die Integration von Berufstätigen und beruflich Qualifizierten in die Hochschulbildung erhöht werden.

Die Teilnehmer der Konferenz in Leuven erklärten außerdem, sich in den Mitgliedsstaaten für die Attraktivität wissenschaftlicher Karrieren und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Nachwuchswissenschaftlern einzusetzen. Entsprechende Handlungsansätze für Deutschland werden durch den Bundesbericht zur Förderung des Wissenschaftlichen Nachwuchses (BuWiN) aufgezeigt, der künftig regelmäßig über die Situation junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler informieren wird. Der Bericht soll Grundlage für Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses sein, die in Kürze zwischen Bund und Ländern im Rahmen der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) vereinbart werden. Mit dem vom BMBF geförderten neuen Kommunikations- und Informationssystem „Wissenschaftlicher Nachwuchs“ (<http://www.kisswin.de>) können sich schon jetzt Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler aus der ganzen Welt über Karrierewege und Fördermaßnahmen in Deutschland informieren und persönlich beraten lassen.